

## IN KÜRZE

## NASA setzt Prioritäten

CAPE CANAVERAL – Die US-Raumfahrtbehörde NASA hat am Montag Prioritäten bei der Ursachenforschung für die «Columbia»-Katastrophe gesetzt: Sie gibt der Theorie Vorrang, Schäden am Hitzeschild der Raumfähre hätten zu dem Absturz geführt, bei dem alle sieben Astronauten umkamen. NASA-Direktionsmitglied Bill Readdy sagte am Montag in Cape Canaveral, Ingenieure untersuchten derzeit die möglichen Auswirkungen eines beim Start am 16. Januar gegen die linke Tragfläche geflogenen Isolierungsteils, das sich vom Hitzeschutzschild gelöst hatte. «Alle springen auf die Schlussfolgerung, dass dies die Ursache war», sagte Readdy. «Ich bin noch nicht so weit, das zu sagen.» Er fügte hinzu: «Das ist sicherlich der Spitzenkandidat jetzt, wir müssen aber noch Dinge ausschliessen.» Er verwies auf einen Ingenieursbericht vom zwölften Tag des 16-tägigen Shuttle-Flugs, in dem es hiess, von beschädigten Kacheln gehe keine Sicherheitsgefährdung aus.

## Gedicht in der U-Bahn

LONDON – Gedichte aus den 14 EU-Partnerländern begleiten derzeit die Nutzer der Londoner U-Bahn. Der britische Europaminister Denis MacShane las zum Beginn der Literatur-Initiative am Montag ein deutsches Gedicht vor. «Wir haben in Europa mehr Poesie als in jedem anderen Teil der Welt», sagte MacShane dem Radiosender BBC. Auch welches europäische Land den stärksten Sinn für die Kraft der Sprache habe, machte der Minister deutlich: «Ich glaube, die Briten sind die poetischsten Menschen in Europa.» Die lyrischen Werke wurden im gesamten Metro-Netz in der Originalfassung sowie in der englischen Übersetzung aufgehängt. Anlass für die Initiative «Gedichte im Untergrund» ist der 30. Jahrestag des EU-Beitritts von Grossbritannien.

## Robben zum Abschuss frei

MONTREAL – Die kanadische Regierung hat trotz Protesten von Umweltschützern knapp eine Million Robben zum Abschuss freigegeben. Der Robbenbestand an der Atlantikküste sei in den vergangenen 20 Jahren von 1,8 Millionen auf 5,2 Millionen gestiegen. Die Population sei «reichlich und gesund», hiess es in einer Erklärung des Fischereiministeriums. In den kommenden drei Jahren könnten 975 000 Grönland-Robben getötet werden. Während der Jagdsaison von März bis Mai vergangenen Jahres seien wegen schlechten Wetters nur 275 000 der Tiere geschossen worden. «Die Robbe ist ein wichtiger Naturrohstoff, der – wenn er sinnvoll ausgenutzt wird – 12 000 Jägern und ihren Familien ein einträgliches Auskommen sichert», heisst es in der Erklärung. Die kanadische Regierung macht die Robben unter anderem für das Verschwinden der Kabeljau-Bestände vor der Ostküste verantwortlich. Tierschutzvereinigungen warfen der Regierung vor, einen «massiven Schlachtplan» ausgearbeitet zu haben.

## Aal Aalfred darf bleiben

BOCHUM – Der Aal Aalfred muss nach 33 Jahren in einer Bochumer Badewanne nun doch nicht umziehen. Die Behörden hätten zugestimmt, dass der Aal weiterhin bei der Familie Richter leben könne, sagte eine Sprecherin der Stadtverwaltung. Die Richter müssten ihm aber ein Stück Rohr als Rückzugsraum in der Badewanne installieren. Tierärzte hätten den Aal untersucht und festgestellt, dass er wohlgenährt und zufrieden sei. Naturschützer hatten sich darüber beschwert, dass der Fisch unter nicht artgerechten Bedingungen gehalten werde. Daraufhin veranlasste die Stadt Bochum eine Überprüfung, ob Aalfred nicht etwa in die Freiheit entlassen werden müsste.

## «Bitterste Stunde»

Schröder bietet Union Kooperation an – Rücktritt ausgeschlossen

BERLIN – Nach der Schlappe der deutschen Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen hat Bundeskanzler Gerhard Schröder der siegreichen CDU die Zusammenarbeit in Sachfragen angeboten. Eine grosse Koalition schloss er aus.

«Die SPD hat gestern eine ihrer bittersten Stunden erlebt», sagte der Kanzler und SPD-Chef am Montag nach der Präsidiumssitzung in Berlin. Dafür trügen seine Regierung und er eine Mitverantwortung. «Naturgemäss» werde er diese Verantwortung auch übernehmen.

## Fortsetzung der Reformpolitik

Einen Rücktritt schloss der Kanzler ausdrücklich aus. «Ich denke nicht daran, und andere denken auch nicht daran.» Schröder kündigte die Fortsetzung der rot-grünen Reformpolitik an und bot der Union eine Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit und Rente an. CDU und CSU erwarten nach eigenen Angaben jetzt von Rot-Grün konkrete Vorschläge für eine gemeinsame Modernisierung Deutschlands. «Die Regierung ist in der Pflicht», sagte CDU-Chefin



Bundeskanzler Gerhard Schröder: «Die SPD hat gestern eine ihrer bittersten Stunden erlebt.»

Angela Merkel. In der Aussenpolitik sei es Schröder kein zweites Mal gelungen, mit der Kriegsangst zu punkten. In der Irak-Krise dürfe Deutschland keinen Sonderweg gehen. Schröder hält jedoch am Nein zu einem Irak-Krieg fest. Hessens siegreicher CDU-Ministerpräsident Roland Koch sagte, Rot-Grün habe «nicht so viel Zeit, aus den heftigen Ohrfeigen etwas zu lernen». Er verlangte von der

Regierung «Vorschläge in Gesetzesform». CSU-Chef Edmund Stoiber forderte einen «Sanierungsplan für Deutschland». Schröder müsse die geplanten Steuererhöhungen zurücknehmen und stattdessen Sparvorschläge machen.

Der Kanzler müsse die notwendigen Reformen durchsetzen oder abtreten. Auch die FDP forderte eine Neuausrichtung. Schröder

musse seine Politik im Bundestag in einer Regierungserklärung zur Debatte stellen.

## Neues Vertrauen schaffen

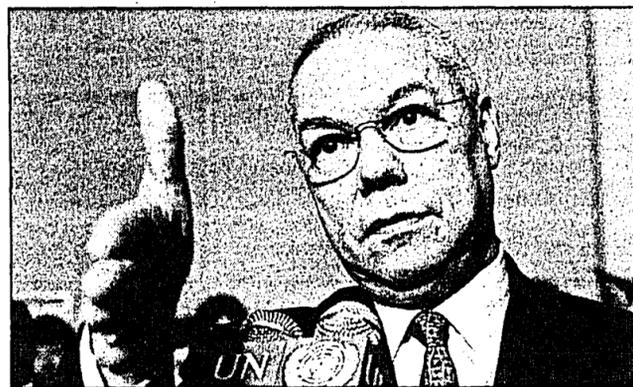
Neben Schröder sah auch das SPD-Präsidium eine der Ursachen für die Wahlniederlagen bei der Bundesregierung. Viele Bürger seien unzufrieden. Es komme jetzt darauf an, neues Vertrauen zu schaffen.

## Keine handfesten Beweise

Laut Colin Powell haben die USA nichts Handfestes

WASHINGTON/LONDON – US-Aussenminister Colin Powell wird nach eigenem Bekunden dem Welticherheitsrat am Mittwoch keinen handfesten Beweis für die Existenz versteckter irakischer Massenvernichtungswaffen vorlegen können.

In einem Beitrag für das «Wall Street Journal» betonte er am Montag jedoch, dass Irak die Arbeit der UN-Waffeninspektoren behindere. Powell bekräftigte die Entschlossenheit der USA, Irak notfalls mit Gewalt zu entwaffnen. Der britische Premierminister Tony Blair sieht die Entwaffnung Iraks sogar als Existenzfrage für die Vereinten Nationen an. «Die USA sind bestrebt, Irak auf friedliche Weise



Aussenminister Colin Powell: «Die USA sind bestrebt, Irak auf friedliche Weise zu entwaffnen.»

zu entwaffnen», sagte Powell und fuhr fort: «Wir werden aber auch nicht vor einem Krieg zurückschrecken, wenn dies die einzige

Möglichkeit ist, um Irak seine Massenvernichtungswaffen zu nehmen.» Regierungssprecher Ari Fleischer sagte, die USA könnten

mit einer Reihe von Mitteln den Vorwurf untermauern, dass Irak Massenvernichtungswaffen besitze.

## El Duri nach Powell

Wie aus US-Regierungskreisen verlautete, wird Powell dem Sicherheitsrat unter anderem Fotos mobiler irakischer Anlagen zur Herstellung biologischer Waffen präsentieren. Ausserdem sollen Abschriften abgehörter Gespräche irakischer Funktionäre vorgelegt werden. Nach Powell will der irakische UN-Botschafter Mohammed el Duri sprechen. Er werde bekräftigen, dass sein Land keine Verbindungen zum Terrornetzwerk El Kaida unterhalte. Ausserdem wolle er erneut die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den UN-Inspektoren verdeutlichen.

## Streik beendet

Chávez sieht sich als Sieger

CARACAS – Nach zwei Monaten hat die venezolanische Opposition den Generalstreik gegen Präsident Hugo Chávez offiziell für beendet erklärt. Die Opposition kündigte indes ein «neue Phase» der Proteste an. Chávez sieht sich als Sieger.

«Unser Kampf wird nun neue Formen annehmen und wir werden neue Ziele am Verhandlungstisch verfolgen», sagte der Sprecher des Oppositionsbündnisses Demokratische Koordination (CD), Timoteo Zambrano am Sonntag (Ortszeit).

Auch nach dem Ende des am 2. Dezember begonnenen landesweiten Ausstandes würden die Streiks abhängig vom Verlauf der Ver-

handlungen mit der Regierung nach Branchen fortgesetzt.

## Niederlage der Opposition

Chávez wertete das Ende des Generalstreiks als Niederlage seiner Widersacher. Sie seien mit dem erneuten börsartigen und kriminellen Versuch gescheitert, das Land ins Verderben zu stürzen, sagte der Staatschef in seiner wöchentlichen Radiosendung.

Die Protestwelle gegen den Präsidenten Chávez war in den vergangenen Wochen immer mehr abgeebbt. Die Banken wollten am Montag wieder normal öffnen, die vorübergehend lahm liegende Ölproduktion erholte sich nach und nach.

## Absage an Scharon

Koalitionsangebot abgelehnt

JERUSALEM – Die israelische Arbeitspartei hat Ariel Scharons Bemühungen zur Bildung einer grossen Koalition erneut eine Absage erteilt. Im Falle eines nationalen Notstands und beim Friedensprozess soll der Ministerpräsident aber unterstützt werden.

Eine Koalition mit der Likud-Partei lehne er aus «nationaler Verantwortung» ab, sagte Oppositionsführer Amram Mizna am Montag nach einem Gespräch mit Scharon. Dessen Likud-Block hatte bei der Parlamentswahl am 28. Januar 38 der 120 Knessetmandate gewonnen, doppelt so viele, wie die Arbeitspartei. Dennoch benötigt

Scharon die ehemaligen Sozialdemokraten für eine stabile Koalitionsregierung. Mizna hatte bereits zwei Wochen vor der Wahl öffentlich eine Koalition mit Scharon ausgeschlossen.

## Einseitiger Abzug abgelehnt

Am Montag machte er eine Regierungsbeteiligung unter anderem davon abhängig, dass Scharon einem einseitigen israelischen Abzug aus dem palästinensischen Gazastreifen zustimmt. Dies soll Scharon abgelehnt haben. Scharon hatte bereits am Freitag mit Sondierungen zur Regierungsbildung begonnen, obwohl er von Präsident Mosche Katzav damit offiziell noch nicht beauftragt wurde.